



Foto: Henning Schacht

NEWSLETTER JULI 2020  
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause hatte es noch einmal in sich. Wir haben erneut Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen beschlossen. Das war wichtig, damit z.B. die Mehrwertsteuersenkung schon zum 01.07. in Kraft treten kann.

Außerdem haben wir die Grundrente auf den Weg gebracht. Die Union hat ihren Widerstand endlich aufgegeben. Ab 2021 bekommen ca. 1,3 Mio. Rentner\*innen eine deutlich höhere Rente. Niemand muss dazu einen Antrag stellen! Dazu müssen verschiedene Behörden zusammenarbeiten, weshalb sich die Auszahlung etwas verzögern wird. Es wird aber alles rückwirkend zum 1. Januar ausbezahlt.

Die letzten vier Monate waren für mich und auch für mein Team die wohl intensivste Zeit, seitdem ich im Deutschen Bundestag bin. Meine Ausschüsse Arbeit und Soziales und Tourismus standen im Corona-Fokus. Hier galt es, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken. Das habe ich gerne getan. In der Krise zeigt sich der Charakter, heißt es und ich stelle fest: Das stimmt. Es wurde plötzlich vieles möglich gemacht und umgesetzt. Prozesse, die sonst Jahre dauern, wurden in wenigen Tagen erledigt. Als ich z.B. im März zum Kurzarbeitergeld gesprochen habe, wurde dieses Gesetz in erster, zweiter und dritter Lesung gleichzeitig verabschiedet. Einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

Ich wünsche Ihnen/Euch einen schönen Sommer. Ich habe eine Dauerkarte für das städtische Freibad und werde mit meinem Fahrrad Touren entlang des Mains und in die Höhen des Spessarts unternehmen. Vielleicht begegnen wir uns ja. In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen.

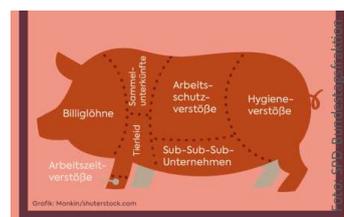
Ihr/Euer 

## AUS DEM INHALT



### S. 3: Gleicher Lohn

... für gleiche Arbeit am gleichen Ort: meine Rede hierzu !



### S. 6: Fleischindustrie

Wir machen Schluss mit Werkverträgen!



### S. 13: Tour de Sinn

... und weitere Themen aus der Heimat

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



## KLARTEXT

### KRISE ALS CHANCE

Das alte Sprichwort „Vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen“ trifft auch auf die Corona-Krise zu. Es hat noch nie eine so tiefgreifende Einschränkung unseres Lebens weltweit gegeben. Und trotzdem müssen weiterhin Umwelt- und Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Nur wenn die Umwelt gesund ist, können auch wir gesund bleiben. Hier bietet Corona vielleicht sogar eine Chance. Wie durch eine große Lupe werden jetzt Probleme sichtbar. Das fängt bei der Infrastruktur an, geht über Energieversorgung, Mobilität, bis hin zu Arbeit, Konsum, Urlaub, Betreuung von Kindern und Altenpflege: Diejenigen, die es ohnehin schon schwer haben, bekommen noch einen Backstein aufgelegt.

Jetzt gilt es, die Stellschrauben richtig zu drehen. Die Automobilbranche z.B. hatte schon vor Corona Probleme. Ihr jetzt mit einer Abwrackprämie zu helfen, wäre weder klug noch in die Zukunft gerichtet. Wir müssen die Branche mit allen Zulieferern zum globalen Player der Zukunft machen. Das geht nur, wenn sie auch Produkte für das 21. Jahrhundert herstellt. Benutzen statt Besitzen ist hier das Motto.

Wenn 30.000 Schweine an einem Tag in einer Fabrik geschlachtet werden, dann ist etwas krank in unserem Land. Die Massentierhaltung und Massenmenschhaltung beutet beide aus. Wir sehen, dass eine Lufthansa ohne Staat nicht überleben kann, die Bahn übrigens auch nicht. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, der schlechtere aber auch nicht. Ich wünschte mir, dass die Rolle des Staates wieder stärker wird. Der Staat ist bei der Lufthansa eingestiegen und bei der Bahn wird gerade die Satzung geändert.

Es wird auch deutlich, wer systemrelevant ist und wer nicht. Nicht alle Krawattenträger sind Leistungsträger. Maß halten und Maß finden ist angesagt, vielleicht pegeln wir uns wieder in eine bessere Zeit ein.

### WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



#### SPD-ERFOLG:

#### SCHUB FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN!

Mit der Aufhebung des Solardeckels machen wir einen Riesenschritt hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaftsweise. Wir wollen bis 2050 klimaneutral wirtschaften und den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65% ausbauen. Das war ein hartes Stück Arbeit, aber nach monatelanger Blockade durch CDU/CSU ist es geschafft: Der Solardeckel ist weg. Damit ist der Weg frei für den weiteren Ausbau der Solarenergie.

Bislang galt, dass die finanzielle Förderung von neuen Solaranlagen über das EEG in dem Moment endet, in dem alle bereits installierten Photovoltaik-Anlagen zusammen eine Kapazität von 52 Gigawatt erreichen. Jetzt hat der Bundestag die Aufhebung des Deckels beschlossen. Das sind gute Nachrichten für die Erneuerbaren Energien. Nun muss auch die zukunftsfeindliche 10H-Regelung in Bayern fallen. In ganz Deutschland gelten mit der Einigung höchstens 1.000m Abstand zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden, nur Bayern verhindert mit einem doppelt hohen Abstand den Ausbau von Windkraft.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



## GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT

Zweimal habe ich im Juni zur Umsetzung der Entsende-richtlinie im Bundestag gesprochen. Damit weiten wir den Schutz aus für die 3 Millionen Beschäftigten, die jährlich von ihrem Arbeitgeber in andere EU-Mitgliedstaaten entsandt werden.

Menschen können im gesamten EU-Raum leben und arbeiten, sie können sich von ihrem Arbeitgeber in ein anderes Mitgliedsland entsenden lassen, um dort zu arbeiten. Damit das für alle Seiten fair passiert, braucht es Regeln.

Diese Regeln müssen wir erstens aufstellen, sie müssen aber auch zweitens verstanden werden und den Betroffenen klar sein, und drittens müssen wir kontrollieren, dass diese Regeln eingehalten werden.

Darum haben wir uns im Juni mit der Novellierung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gekümmert. Damit haben wir eine EU-Richtlinie umgesetzt, die das EU-Parlament vor zwei Jahren beschlossen hat. Nach 20 Jahren musste das Gleichgewicht neu austariert werden zwischen der Dienstleistungsfreiheit auf der einen Seite und den Rechten der entsandten Beschäftigten auf der anderen Seite.

Entsante Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen besser vor Betrug und Ausbeutung geschützt werden und auch Arbeitgeber sollen EU-weit gleich behandelt werden.

Bisher waren nur Mindestbedingungen garantiert. Mit der Umsetzung der geänderten Richtlinie weiten wir erstens den Schutz und die Rechte deutlich aus. Was hier gesetzlich oder in bestimmten Tarifverträgen für die Entlohnung gilt, muss künftig für alle gezahlt werden – ob mit einem deutschen Arbeitsvertrag angestellt oder entsandt. Das gilt für

- >> verschiedene Lohnstufen
- >> Zulagen und
- >> Sachleistungen, die Teil der Entlohnung sind.

Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten dürfen nicht mehr vom Lohn abgezogen werden.

Diese Regeln müssen zweitens bekannt sein. Dafür sorgen die Kolleginnen und Kollegen vom DGB-Projekt „Faire Mobilität“. Die Beraterinnen und Beratern machen vor Ort eine tolle Arbeit. Hauptsächlich wird dieses Projekt vom Bundesarbeitsministerium finanziert. Wir verstetigen die Mittel und sorgen so für Sicherheit und Planbarkeit und wir erhöhen die Mittel, dass die Beratung ausgeweitet werden kann. Die Beschäftigten von „Faire Mobilität“ bieten mobilen EU-Beschäftigten Informationen und Beratung in vielen Sprachen an.

So wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU erst klar, was ihnen zusteht. Damit ist der Erhalt dieser wichtigen Arbeit in der Zukunft gesichert.

Und schließlich und drittens ist es wichtig, dass die Einhaltung der Regeln kontrolliert wird. Es darf nicht sein, dass die Wahrscheinlichkeit größer ist, vom Blitz getroffen zu werden als vom Zoll kontrolliert zu werden. Deshalb haben wir die Kompetenzen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei der Überprüfung von Betrieben ausgeweitet und dazu fast 1.000 zusätzliche Stellen beim Zoll geschaffen.

Unser geeintes Europa ist eine Erfolgsgeschichte – es gibt viele Freiheiten, die müssen aber fair ausgestaltet sein. Ein faires Europa unterstützen wir. Ein Europa des Lohndumpings und der Ausbeutung nicht.

Meine beiden Reden finden Sie [hier](#) zusammen mit allen anderen von mir bislang gehaltenen Rede im Plenum des Deutschen Bundestages.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## GRUNDRENTE BESCHLOSSEN!



Am 2. Juli war es endlich soweit: Nach intensiven Diskussionen mit CDU/CSU und einer langen Blockade der Union hat der Deutsche Bundestag endlich die Grundrente beschlossen!

Das ist eine gute Nachricht für alle, die viele Jahre hart gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt, aber wenig verdient haben. Lebensleistung verdient Anerkennung. Es ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeit sich lohnt – auch in der Rente: Wer jahrzehntlang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung. Und das ohne Antrag, ohne betteln zu müssen. Denn wir lassen die Daten laufen, nicht die Menschen. Mehr zur Grundrente gibt es mit Klick auf das Sharepic oben. Als rentenpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten habe ich das alles auch dem Bayerischen Rundfunk im ARD-Hauptstadtstudio gesagt.



Fotos: Büro Rützel

## PIONIERE DER TELEARBEIT IN MSP

Ein Fachgespräch zu den Themen Homeoffice, Telearbeit und Telehäuser fand Mitte Juni in meinem Bürgerbüro statt. Auf Anregung unserer ehemaligen Bundestagsabgeordneten Heidi Wright hatte ich zum Austausch mit den Pionieren der Telearbeit in Main-Spessart, dem Retzstadter Altbürgermeister Reinhold

Möller und Peter Keller MdB a.D., sowie Fachfrau Lisa Straub vom Digitalen Gründerzentrum – Starthouse Spessart und Pamela Nembach als Lehrerin und stellvertretende Landrätin eingeladen.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist das Thema Homeoffice in aller Munde. Nun geht es darum, wie sich die guten Seiten des mobilen Arbeitens in den Arbeitsalltag integrieren lassen. Auf der positiven Seite haben wir im Gespräch insbesondere die flexible Gestaltung von Arbeitsbedingungen und -umfeld, eine bessere Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben sowie ein Beitrag zum Umweltschutz aufgrund reduzierter Pendelzeiten und die Entlastung der Verkehrsinfrastruktur allgemein ausgemacht.

Die Flexibilisierung und Dezentralisierung der Arbeit durch mobiles Arbeiten birgt zudem große Chancen für den ländlichen Bereich: Kann der Arbeitnehmer von zu Hause aus einen Großteil seiner Arbeit erledigen und muss dazu nicht in die Großstadt fahren, ist das auch ein Anreiz, sich auf dem Land niederzulassen.



Fotos: Büro Rützel

Andererseits kann das Arbeiten im Homeoffice wegen der fehlenden informellen Kontakte auch das Gefühl des Isoliertseins fördern. Da sind dann Office-Gemeinschaften in Telehäuser oder Coworkingspaces eine gute Alternative, erklärte Reinhold Möller, der bereits in den 1990er Jahren mit dieser Idee für Aufsehen sorgte. Was wir noch alles besprochen haben, kann man auf [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de) nachlesen.

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## GRUNDSICHERUNG: GUTE NACHRICHTEN

Das Bundesarbeitsministerium unter unserem Minister Hubertus Heil hat für zwei Verbesserungen gesorgt für Menschen, die Grundsicherung beziehen.

Zum einen werden alle „Corona-Boni“, also Sonderzahlungen und Beihilfen von Arbeitgebern bis zu einer Höchstgrenze von 1.500 Euro nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Das ist nur fair und entspricht auch der steuerlichen Behandlung. Andernfalls hätte beispielsweise eine Beschäftigte in der Pflege, deren Lohn mit Grundsicherung aufgestockt wird, nichts von dem Bonus gehabt. Das konnten wir verhindern. Diese Ausnahme gilt für alle Sonderzahlungen im Zeitraum vom 1. März bis 31. Dezember 2020.

Zum anderen gibt es eine Verbesserung bei den Ferienjobs. Bisher waren nur Ferienjobs von der Anrechnung ausgenommen, die für höchstens vier Wochen je Kalenderjahr ausgeübt werden, zum anderen galt ein Höchstbetrag von 1.200 Euro pro Kalenderjahr.

Das bedeutet, dass Jugendliche in einer Bedarfsgemeinschaft, deren Eltern Grundsicherung beziehen, bedeutend schlechtere Möglichkeiten hatten, sich selbst etwas für eigene Wünsche hinzuzuverdienen. Diese Regelung wurde von der SPD bereits seit langem kritisiert: Ausgerechnet diese Jugendlichen, die es ohnehin häufig schwieriger haben, sollten mehr von ihrem selbstverdienten Geld behalten dürfen.

Hubertus Heil hat daher entschieden, dass die Vierwöchengrenze ersatzlos wegfällt und die Höchstgrenze auf 2.400 Euro je Kalenderjahr verdoppelt wird. Diese Regelung gilt unbefristet und ist ein schöner Erfolg unseres sozialdemokratischen Arbeitsministers.

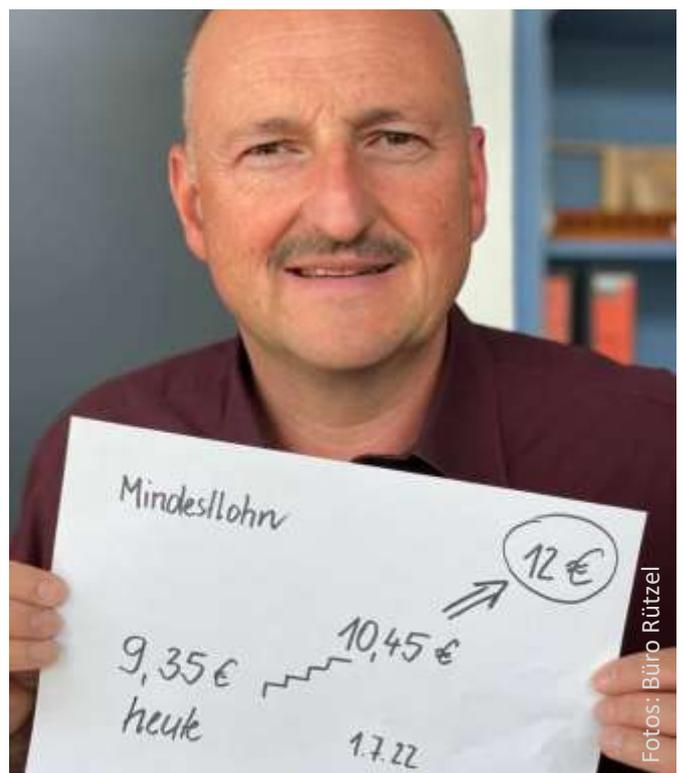
## 10. REDE ZUM MINDESTLOHN

Am 17. Juni habe ich bereits meine 10. Bundestagsrede zu unserem sozialdemokratischen Dauerthema Mindestlohn gehalten. Ich halte den aktuellen Mindestlohn von 9,35 Euro die Stunde und die nun beschlossene stufenweise Erhöhung auf 10,45 Euro für zu niedrig. Arbeit

ist mehr wert. Das sieht auch der SPD-Parteitag so, der im Dezember 2019 das Sozialstaatspapier beschlossen hat. Da steht drin, dass der Mindestlohn auf 12 Euro steigen muss.

2014 haben wir den Mindestlohn politisch festgelegt und damit in die Tarifautonomie eingegriffen – das war notwendig und richtig. Wir wollen das aber nicht zur Regel machen. Alle weiteren Erhöhungen haben wir deshalb in die Hände der Mindestlohnkommission gelegt. Dort sitzen die Tarifpartner Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammen. Das war und ist meiner Ansicht nach die richtige Entscheidung. Allerdings zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass die Regeln und Vorschriften für die Kommission zu eng gesetzt sind. Ich bin nicht bereit, noch zehn Jahre zu warten, bis der Mindestlohn so weit gestiegen ist, dass man ordentlich davon leben kann. Deshalb bin ich dafür, den Entscheidungsspielraum der Mindestlohnkommission deutlich zu erweitern, damit wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag warten müssen, bis der gesetzliche Mindestlohn endlich armutsfest ist.

[Hier können Sie sich die Rede anhören.](#)



Fotos: Büro Rützel

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## MEHR GELD FÜR BESCHÄFTIGTE IN WERKSTÄTTEN

Unser Bundessozialminister Hubertus Heil hat entschieden, die Einbußen bei den Entgelten der Werkstattbeschäftigten auszugleichen. Viele Werkstätten waren in den letzten Wochen wegen COVID-19 geschlossen und die Menschen mit Behinderung konnten nicht arbeiten gehen. Daher fehlten den Werkstätten die Einnahmen, so dass sie die Werkstattbeschäftigten nicht bezahlen konnten. Sie hätten nur Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung gehabt, was viele als ungerecht empfanden.

Nun verzichtet der Bund in 2020 einmalig auf 10 Prozent aus der Ausgleichsabgabe, um Abhilfe zu schaffen. Das entspricht einem Betrag von rund 70 Millionen Euro, die der Bund den Integrationsämtern der Länder überlässt, damit sie die Werkstattbeschäftigten unterstützen. Die Mittel aus der Ausgleichsabgabe können zielgerichtet für die sinkenden Arbeitsentgelte für Werkstattbeschäftigte verwendet werden.

Es ist ein gutes und wertschätzendes Zeichen für die Menschen mit Behinderung, dass sie mehr für ihre Arbeit in der Werkstatt erhalten als die Leistungen der Grundsicherung.

## SCHLUSS MIT WERKVER- TRÄGEN IN DER FLEISCH- INDUSTRIE

Der Fall Tönnies unterstreicht noch einmal: Die Zustände in der Fleischwirtschaft sind absolut inakzeptabel! Die Branche muss sich dringend verändern - und genau das werden wir durchsetzen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil macht klar: „Bei der Umsetzung des Arbeitsschutzprogramms in der Fleischwirtschaft wer-

de ich mich von lauten Lobbyinteressen nicht bremsen lassen. Wir werden hier aufräumen und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sorgen.“ Noch vor kurzem saß die Firma Tönnies auf Einladung von Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner am Runden Tisch zum Tierwohl. Wieder wollten die Ministerin und die Industrie auf Freiwilligkeit setzen. So darf und wird es nicht weitergehen. Der Vorfall unterstreicht die Notwendigkeit des von Hubertus Heil vorgelegten Arbeitsschutzprogramms:

- >> In der Verarbeitung dürfen ab Januar nur noch Mitarbeiter\*innen des eigenen Unternehmens arbeiten.
- >> Werkverträge und Leiharbeit werden verboten.
- >> Arbeitsschutzrecht-, Hygiene- und Tierschutzvorschriften werden deutlich strenger kontrolliert.
- >> Bei der Unterbringung der Beschäftigten werden Mindeststandards sichergestellt.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## CORONAKRISE: GUTE NOTEN FÜR DEUTSCHLAND. WARN-APP HILFT

Gute Nachrichten in der Krise: Deutschland bleibt das weltweit zweitsicherste Land in der Corona-Pandemie. Auf dem ersten Platz liegt nun die Schweiz. Das Risikomanagement der Bundesregierung wird im jüngsten Report der Deep Knowledge Group gar als das effizienteste der Welt eingestuft. Währenddessen legen erste Studien nahe, dass alleine in Europa durch die getroffenen Schutzmaßnahmen bereits Millionen Menschenleben gerettet wurden.

Bis jetzt sind wir gut durch die Krise gekommen. Das ist nur möglich, weil so viele Menschen in unserem Land täglich Solidarität, Rücksicht und Einsatz zeigen. Vielen Dank! Überstanden ist die Krise aber noch lange nicht. Wir müssen weiter diszipliniert bleiben, um eine zweite Welle zu verhindern. Dann kann auch weiter mit Augenmaß gelockert werden.

Dabei kann auch die Corona-Warn-App helfen, die bereits vor Tagen gestartet ist. Sie ist datensicher und freiwillig. Je mehr Bürger\*innen sie nutzen, desto besser wird sie wirken.

Gleichzeitig tun wir im Bundestag und in der Koalition alles dafür, um Arbeitsplätze zu erhalten, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Dazu haben wir ein Konjunkturpaket auf den Weg gebracht, das besonders Familien und Menschen mit kleineren Einkommen im Blick hat. Das ist der Erfolg der SPD und den sollten wir uns nicht kleinreden.

## AUSBAU VON GANZTAGSSCHULEN & KITAS

Die Krise hat gezeigt: Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind für Kinder und Jugendliche nicht nur Lernstätten, sondern auch wichtig für den sozialen Austausch. Mit dem Konjunkturpaket fördern wir deshalb gezielt Ganztagschulen und Kitas:

- >> Wir beschleunigen den Ausbau von Kitas und schaffen mehr Betreuungskapazitäten.
- >> Mit dem verbesserten „Digitalpakt Schule“ werden wir das digitale Lernen ausbauen.
- >> Wir entlasten Eltern durch bessere Lernvoraussetzungen.

## ALLEINERZIEHENDE NICHT ALLEINE LASSEN

In der Corona-Pandemie sind Familien einer extremen Belastung ausgesetzt: Kinderbetreuung, Schulunterricht daheim und „nebenbei“ noch dem eigenen Job nachgehen – mit beiden Elternteilen schon schwierig, alleine aber eine Meisterleistung.

- >> Wir unterstützen Alleinerziehende und erhöhen den Entlastungsbetrag auf 4008 Euro für 2020 und 2021 – mehr als doppelt so viel wie bisher. Der Entlastungsbetrag wirkt sich über die Steuerklasse 2 laufend aus und wird insgesamt bei der Steuererklärung berücksichtigt.
- >> Der 300 Euro-Kinderbonus und die Milliarden für den Ausbau von Ganztagschulen und Kitas helfen gerade hier zusätzlich.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

**SPD**  
Fraktion im Bundestag

WER?  
WAS?  
WANN?  
WIE?

## Kinderbonus

- einmalig **300 Euro für jedes Kind**, für das im Jahr 2020 mindestens in einem Monat ein Anspruch auf Kindergeld besteht
- **automatische Auszahlung** - in zwei Teilen (September und Oktober)
- **keine Anrechnung auf Sozialleistungen** wie Grundsicherung, Kinderzuschlag, Elterngeld oder Wohngeld

## SO FUNKTIONIERT DER KINDERBONUS

Familien erhalten einmalig einen Kinderbonus von 300 Euro je Kind. Dazu wird das Kindergeld entsprechend aufgestockt. So unterstützen wir Familien - und so kurbeln wir gleichzeitig die Konjunktur an!

Der Kinderbonus wird im Herbst (September/Oktober) automatisch ausgezahlt. Er gilt für jedes Kind, für das im Jahr 2020 in mindestens einem Monat ein Anspruch auf Kindergeld besteht. Der Kinderbonus wird nicht auf Sozialleistungen wie Grundsicherung, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld oder Elterngeld angerechnet. Familien, die Hartz IV beziehen, bekommen den Kinderbonus voll ausgezahlt. Das war uns in den Verhandlungen besonders wichtig und das haben wir durchgesetzt.

## BESCHLOSSEN: LÄNGERE LOHNFORTZAHUNG FÜR ELTERN

Solange Kitas und Schulen in der Corona-Krise noch nicht wieder geöffnet sind, wird die Lohnfortzahlung für Mütter und Väter auf jeweils bis zu zehn Wochen ausgedehnt. Für Alleinerziehende wird sie auf bis zu 20

Wochen verlängert. Das hat der Bundestag bereits Ende Mai beschlossen. Die Schulen und Kitas können wir als Bund nicht öffnen – das fällt in die Zuständigkeit der Bundesländer, wir können aber den betroffenen Eltern finanziell helfen.

## AUTOINDUSTRIE UND ARBEIT VON MORGEN SICHERN

Die Autobranche ist Deutschlands Leitindustrie, was Beschäftigung und Innovation angeht. Unsere Volkswirtschaft kommt nach der Coronakrise nur dann nachhaltig wieder auf die Beine, wenn sich auch dieser Sektor wieder erholt und gleichzeitig den Strukturwandel schafft. Wir wollen die Branche zukunftsfest machen, um die Arbeit von morgen zu sichern. Das geht nur über die Wettbewerbsfähigkeit auf Zukunftsmärkten!

Deshalb stecken wir ins Konjunkturpaket viele Milliarden Euro für die Autoindustrie und die Zulieferer, mit denen wir ganz gezielt Technologien der Zukunft fördern:

- >> 8 Milliarden Euro insgesamt als massiver Impuls für zukunftsfähige Mobilität und neue Wertschöpfung.
- >> Mit einem Bonus-Programm bekommen Hersteller und Zulieferer 2 Milliarden Euro, um neue Technologien zu entwickeln.
- >> Die Mehrwertsteuer wird gesenkt, um den Konsum in Deutschland anzukurbeln.
- >> Wer auf E-Autos umsteigt, bekommt die doppelte Umweltprämie.
- >> Wir fördern den Flottenaustausch für Handwerk, Unternehmen und soziale Dienste.
- >> Um Ladesäulen auszubauen, investieren wir zusätzlich 2,5 Milliarden Euro.
- >> Mit der Novelle der Kfz-Steuer fördern wir zusätzlich umweltfreundliche Antriebe und sparsame Verbrenner.

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## RETTUNGSPAKET FÜR GEMEINNÜTZIGE EINRICHTUNGEN

Der Bund hat ein Rettungspaket für gemeinnützige Einrichtungen auf den Weg gebracht, das vielen Einrichtungen helfen wird. Insgesamt eine Milliarde Euro stehen als Kredite mit besonderen Haftungsfreistellungen zur Verfügung. Sie ergänzen die Überbrückungshilfen, die der Bund als Zuschuss im Umfang von 25 Mrd. Euro gewährt.

Mit dem neuen Sonderkreditprogramm helfen wir Jugendherbergen, Sozialkaufhäusern und vielen weiteren sozialen Einrichtungen. Sie stehen oft genauso wie gewinnorientierte Unternehmen vor der Insolvenz. Inklusionsbetriebe sind geschlossen, Jugendherbergsbetten bleiben leer. Die Umsätze brechen weg, die Fixkosten aber bleiben. Die bisherigen Corona-Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Unternehmen konnten sie nicht in Anspruch nehmen.

Mit dem Konjunkturpaket greifen wir ihnen nun unter die Arme. Neben den Überbrückungshilfen bekommen soziale Einrichtungen nun schnell Geld, um Verbindlichkeiten wie etwa ihre Mieten bezahlen zu können. Dieses Kredit-Sonderprogramm wird über die KfW abgewickelt. Um die Mittel lokal effizient einsetzen zu können, ist die Verteilung der Gelder den Ländern freigestellt.

Die Rettung gemeinnütziger Einrichtungen ist uns als SPD-Fraktion besonders wichtig, weil diese Unternehmen wichtig für unsere Gesellschaft sind - deswegen sind sie ja gemeinnützig – und wir sie unbedingt erhalten wollen. Allerdings ist es ihnen untersagt, größere Rücklagen zu bilden. Deswegen müssen wir uns jetzt schon Gedanken darüber machen, wie wir ihnen helfen können, diese Kredite am Ende wieder zurückzuzahlen.



## FREIE FAHRT FÜR BUS UND BAHN

Am Anfang der Corona-Pandemie war eine Maßnahme besonders hilfreich: Zuhause bleiben. Keine Besuche der Eltern über Ostern, keine Wochenendtrips mit Freunden. Gerade das ist uns allen wohl besonders schwer gefallen. Es hieß aber auch: Busse und Bahnen blieben leer. Dadurch sind die Ticket-Einnahmen im ÖPNV stark gesunken. Deshalb wird der Bund die Länder im Jahr 2020 bei der Finanzierung von Bus und Bahn unterstützen. Dafür sind einmalig 2,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit Bus und Bahn auch weiterhin fahren können.

## MEHRWERTSTEUER RUNTER: GERECHT UND VERNÜNFTIG

Wer wenig Geld hat, gibt das meiste davon für alltägliche Einkäufe aus. Je geringer das Einkommen ist, desto mehr geht davon für die Mehrwertsteuer ab. Bei den ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung sogar doppelt so viel wie bei den reichsten 10 Prozent. Deshalb hilft die Mehrwertsteuersenkung vor allem Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Und weil sie damit mehr kaufen können, bringt das auch noch die Wirtschaft in Schwung. Das ist gerecht und vernünftig.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## DIE KULTUR-MILLIARDE KOMMT

Die Kulturszene ist besonders von der Corona-Krise betroffen. Größere Veranstaltungen sind leider noch immer kaum möglich, für viele Künstler\*innen und Kreative, für viele Kulturschaffende und -einrichtungen geht die Situation längst an die Substanz.

Deshalb sind im Konjunkturpaket eine Milliarde Euro speziell für diesen Bereich eingeplant. So sorgen wir dafür, dass die Kulturszene durch die Krise kommt - und danach möglichst so lebendig ist wie davor.

Damit Clubs, Theater und Museen nicht nur wieder öffnen dürfen, sondern es auch noch können.



## EEG-UMLAGE SINKT!

Ab 2021 sinkt die EEG-Umlage! Wir entlasten damit Haushalte mit wenig Geld, kleine und mittlere Betriebe.

Statt den Strom teurer werden zu lassen, investieren wir 11 Milliarden Euro, damit die EEG-Umlage die nächsten zwei Jahre sinkt (2021: 6,5 Cent/kWh, 2022: 6,0 Cent/kWh).



## STÄDTE UND GEMEINDEN SIND SYSTEMRELEVANT

Kommunen und ihre Dienstleistungen sind systemrelevant! Wenn sie nicht funktionieren, läuft in der Gesellschaft nichts. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung macht daher die Daseinsvorsorge fit für die Zukunft – Dank der SPD.

Ununterbrochen Strom, Wasser und schnelles Internet zu haben, ist keine Selbstverständlichkeit. Doch das ist nur ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Mülltonnen, Abwasseraufbereitung, saubere Straßen, rollender Nahverkehr, funktionierende Krankenhäuser an 365 Tagen im Jahr sind weitere Beispiele, die die Leistungen vieler tausend kommunaler Unternehmen beschreiben. Und noch etwas hat die Krise deutlich gemacht: Nur ein starker Staat und handlungsfähige Kommunen können die Daseinsvorsorge dauerhaft sicherstellen. Privat vor Staat, das ist für die SPD keine Alternative.

Mit dem Konjunkturpaket des Bundes haben wir die Daseinsvorsorge auch in Richtung Zukunft ausgerichtet. Wir investieren massiv in Zukunftstechnologien und Klimaschutz:

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

>> Wir senken die EEG-Umlage, sichern den Ausbau Erneuerbarer Energien mit bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Strompreisen und schaffen den Photovoltaik-Deckel ab (siehe S. 2). Wir sichern mit 2,5 Milliarden Euro den ÖPNV, helfen mit weiteren Milliarden Sportstätten und Ganztagschulen, bauen die Infrastruktur für die Elektromobilität aus und investieren in Wasserstoff als neuem Energieträger.

>> Wir verstärken die Digitalisierung unserer Kommunen durch den Glasfaser-Breitbandausbau, wollen ein flächendeckendes 5G-Netz, fördern „Smart Cities“ und helfen mit dem Online-Zugangs-Gesetz den Kommunen bei Dienstleistungen für ihre Bürger\*innen.

>> Während der Krise haben viele Geschäfte nichts oder nur sehr wenig verdient – das wirkt sich auch auf die Gewerbesteuer aus, die den Städten und Gemeinden zugutekommt. Damit die Kassen der Kommunen nicht leer sind, zahlt der Bund die ausfallenden Gewerbesteuererinnahmen.

>> Kommunen übernehmen bisher bis zur Hälfte der Kosten der Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose. Wir entlasten Städte und Gemeinden, indem der Bund in Zukunft dauerhaft bis zu 75 Prozent dieser Kosten übernimmt. Das sind 4 Milliarden Euro mehr pro Jahr für die Kommunen, die für andere Investitionen eingesetzt werden können!

>> In den letzten drei Monaten sind wir seltener mit Bus und Bahn unterwegs gewesen, wodurch weniger Tickets verkauft wurden. Damit der ÖPNV weiterfahren kann, unterstützen wir die Länder bei der Finanzierung.

Vieles davon trägt die Handschrift der SPD-Bundestagsfraktion, denn wir wollen auch in Zukunft eine leistungsfähige und nachhaltige kommunale Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung.

Wir stellen sicher, dass vor Ort weiter investiert werden kann und dass am Ende der Corona-Krise die Bibliothek geöffnet ist, das Freibad aufbleibt und der Bus weiterfährt, weil nicht am falschen Ende gespart werden musste.

## SOFORTHILFE FÜR BUSTOURISTIKBRANCHE

Es hat gedauert, jetzt kommt die Hilfe endlich: Bundesverkehrsminister Scheuer will die bereits im Mai 2020 versprochene Soforthilfe von 170 Millionen Euro für die notleidende Bustouristikbranche nun doch bereit stellen. Das ist wichtig, damit die Busunternehmen die laufenden sehr hohen Kosten für ihre Busse bezahlen können. Ein im Reise- und Ausflugsverkehr eingesetzter Bus, der in der Anschaffung 400.000 Euro gekostet hat, verursacht Kosten von rund 266 Euro pro Tag. Das Hilfsprogramm des Bundesverkehrsministers soll ergänzend zu den bereits im Rahmen des Konjunkturpaketes beschlossenen Überbrückungshilfen beantragt werden können. Ich war als Mitglied des Tourismus-Ausschusses in Berlin bei der Demo der Tourismusbranche und stellte mich den Argumenten und Fragen der Branche. Auch vor Ort führte ich bereits Gespräche mit einem lokalen Busunternehmen (siehe Seite 15) und verstehe somit sehr gut die Probleme der Branche.



Fotos: SPD-Bundestagsfraktion

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020



Foto: pixaba

## SCHUTZSCHIRM FÜR AUSBILDUNG KOMMT

In der Corona-Krise kann es vor allem für kleine und mittlere Betriebe verlockend sein, an der Ausbildung zu sparen. Das gilt es aber unbedingt zu vermeiden: Weil es den Azubis gegenüber nicht fair wäre und auch der Wirtschaft schadet. Wir brauchen gut ausgebildeten Nachwuchs - jedes Jahr.

Deshalb werden ausbildende Unternehmen künftig mit einer Ausbildungsprämie von bis zu 3000 Euro pro Lehrstelle belohnt.

Die Ausbildungsprämie sollen Betriebe mit bis zu 249 Beschäftigten erhalten, die von der Krise besonders betroffen sind, die aber trotzdem die Zahl ihrer Lehrlinge im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen drei Jahre nicht verringern. Sie erhalten einen Zuschuss von 2000 Euro für jeden für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossenen Lehrvertrag.

Wenn sie sogar mehr ausbilden als zuvor, soll es 3000 Euro für jede zusätzliche Lehrstelle geben. Als besonders betroffen gilt ein Betrieb, in dem es im ersten Halbjahr wenigstens einen Monat Kurzarbeit gab und/oder der Umsatz in den Monaten April und Mai um mindestens 60 Prozent gegenüber den Vorjahresmonaten eingebrochen ist.



## KOMMUNALPOLITIKER\*INNEN SCHÜTZEN!

Der Bundestag hat Mitte Juni das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beraten. Es soll vor allem Kommunalpolitiker\*innen besser vor Beleidigungen und Angriffen schützen.

In diesem Monat jährt sich der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Er setzte sich offen und mutig für demokratische Werte und eine humane Flüchtlingspolitik ein. Es folgten Hass und Morddrohungen. Am 02.06.2019 wurde er umgebracht.

Beleidigungen und Morddrohungen gehören mittlerweile für viele Politiker\*innen zum Alltag. Deshalb wird im Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität klargestellt, dass der besondere Schutz von im politischen Leben stehenden Personen vor übler Nachrede und Verleumdung bis hin zu Kommunalpolitiker\*innen reicht. Sie werden nun endlich den Bundes- und Landespolitiker\*innen gleichgestellt. Weiterhin ist es wichtig, dass Menschen, die durch berufliches oder ehrenamtliches Engagement im kommunalpolitischen Bereich in den Fokus gewaltbereiter Personen oder Gruppen geraten sind, leichter eine melderechtliche Auskunftssperre erwirken können.

Die Spirale von Hass und Gewalt muss gestoppt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich auch künftig weiterhin viele Menschen für die Arbeit in der Kommunalpolitik begeistern.

## ENTSCHLOSSEN GEGEN RASSISMUS

„Im Übrigen sollten wir mal nicht so tun, als sei Rassismus nur ein Problem der USA“, sagte Bundesaußenminister Heiko Maas Anfang Juni im Bams-Interview: „In Deutschland leben 30.000 Rechtsextremisten. Auch bei uns gibt es rassistische Übergriffe, schwarze Menschen werden diskriminiert, Juden wird die Kippa vom Kopf gerissen. Wir müssen zuerst mal vor der eigenen Haustür kehren.“ Rassismus ist Gift. Überall. Nur gemeinsam können wir ihn besiegen!

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020

Foto: Bernd Rützel

## TÜV & FAHRSCHULEN AN (M)EINEM TISCH

Weil die einen mit ihren Problem zu mir kamen, diese aber ohne die anderen nicht zu lösen sind, habe ich die Chefs von Fahrschulen aus Main-Spessart und Vertreter des TÜV SÜD in meinem Bürgerbüro in Gemünden zum Runden Tisch geladen. Mir hat das Gespräch zwischen TÜV und Fahrlehrern wieder einmal gezeigt, dass ein direkter Austausch bei Problemen am besten ist. In diesem Fall war er auch wichtig, damit die Vorbereitungen zu den Prüfungen möglichst reibungslos ablaufen.

Die weiten Anfahrten zu den Theorieprüfungen und das (bargeldlose) Bezahlsystem sind ein großes Thema bei den Fahrschulen und natürlich auch bei den Prüflingen und deren Eltern. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Austausch Bestand haben wird und sich weitere Verbesserungen bei den genannten Themen einstellen werden. Mehr auf [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de).



Foto: Büro Rützel

## TOUR DE SINN: VON SPARKASSEN UND BAHNHÖFEN

Es hat Tradition, dass ich einmal im Jahr in den Ferien mit dem Fahrrad die Sinngrundgemeinden besuche, um mich aus erster Hand darüber zu informieren, wo vor Ort der Schuh drückt. Diesmal waren die Themen schon vorgegeben: Schließung der Sparkassenfilialen, Bewältigung von Corona-Auflagen in den Kommunen und Betrieben sowie Lärmschutz und Bahnhofsanierung. Mehr zu meinen zwei Radtouren auf [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de).



Foto: Büro Rützel

## BRIEF AN DIE UMWELTMINISTERIN

Einen Brief mit Fragen zu Umwelt-, Klima- und landwirtschaftlichen Themen überreichten mir Mitte Juni Landwirte aus Main-Spessart. Direkt zu Beginn des Gesprächs machte ich deutlich, dass ich einen Generalverdacht gegenüber unseren Landwirt\*innen entschieden ablehne. Wir als SPD schätzen die Arbeit der Landwirte und sehen auch die Herausforderungen, vor denen sie stehen. Dazu gehören vor allem der Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt. Die von den Landwirten geäußerten Sorgen zu ihrer beruflichen Zukunft und zum Ansehen der Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft nehme ich sehr ernst.

Den Brief habe ich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) übergeben. Svenjas Antwort werde ich den Landwirt-\*innen dann natürlich auch persönlich vorbeibringen.





## WIDERSTAND GEGEN FILIAL-SCHLIEßUNGEN

Fast 200 Jahre lang hat die Sparkasse Vertrauen aufgebaut. Jetzt massiv Filialen schließen zu wollen ist der falsche Weg und zerstört Vertrauen. Ohne plausible Begründung und in dieser Art und Weise nicht nachvollziehbar ist für mich die Anfang Juni überraschend von der Sparkasse Mainfranken veröffentlichte Schließung von 29 Filialen in Unterfranken. Für mich ist das eine klare Benachteiligung des ländlichen Raums und steht somit im Widerspruch zu den im Artikel 3 der Landesverfassung verankerten gleichen Lebensbedingungen für den gesamten Freistaat Bayern in Stadt und Land.

Die Sparkassen sind in der Trägerschaft von Gebietskörperschaften dem Gemeinnützigkeitsprinzip verpflichtet. Dieses wird meiner Meinung nach durch den Rückzug aus der Fläche eklatant verletzt. Vom ursprünglichen Gedanken, als Universalbank vor Ort auch „kleinen Leuten“ durch günstige Kredite und Sparanreize einen bescheidenen Wohlstand zu ermöglichen, ist offensichtlich nicht mehr viel übrig.

Die Bevölkerung in unserer ländlich geprägten Region muss es wert sein, dass man ihren Anspruch auf Dienstleistungen der Daseinsfürsorge nicht nur aus dem Blickwinkel der Rendite sieht. Meine Forderung: zuerst andere Einsparmöglichkeiten im Haus prüfen und offenlegen!

Gerade die ältere Generation ist auf persönliche Beratung und Versorgung am Wohnort angewiesen. Auf der einen Seite verlangt man von über 80-jährigen möglichst auf das Autofahren zu verzichten, auf der anderen Seite werden wieder mehr Leute - auch jüngere - durch solche Maßnahmen zum Gegenteil gezwungen. Die Schließung der Filialen ist übrigens auch ein herber Schlag für die Bürgermeister\*innen, Stadt- und Gemeinderät\*innen, die mit engagierten Einwohner\*innen erfolgreich für die Verbesserung der Infrastruktur arbeiten, was die Gründung zahlreicher gut florierender Dorfläden zeigt. Ich habe nach der Ankündigung sofort das Gespräch mit der Führungsebene der Sparkasse Mainfranken gesucht und bleibe auch weiterhin „am Ball“!

## LOCKDOWN IM KLOSTER

Kloster Triefenstein, dieses herrliche Fleckchen Erde habe ich gestern auf Einladung von Prior Bruder Christian besuchen dürfen. Seit 1986 sind die Brüder der evangelischen Christusträger-Bruderschaft hier im Kloster und haben dieses weitgehend in Eigenregie restauriert.

Seit jeher dient das Kloster auch als Beherbergungsbetrieb mit Freizeit und Seminar-Angeboten für Gruppen und Einzelgäste. Seit Beginn der Corona-Pandemie war dies auch hier nicht möglich. Doch jetzt geht es wieder los. Und das ist gut so, auch wenn die Herausforderungen - wie für jeden Beherbergungsbetrieb - groß sind.

Die Lockdown-Zeit haben die Brüder für Renovierungsarbeiten genutzt und mir beim Rundgang auch ihre Werkstätten gezeigt. Die Schlosserei hat es mir dabei als gelernter Schlosser natürlich besonders angetan.



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020

Foto: Bernd Rützel

## STILLSTAND BEI REISEBUSUNTERNEHMEN



Büro Rützel

Eine der Unternehmen, die massiv von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind, sind die Reisebusunternehmen (siehe auch Seite 11). Seit Pfingsten ist der Reisebusverkehr in Bayern theoretisch wieder möglich. Die Auflagen in Bayern sind allerdings sehr streng. Was das bedeutet und was die SPD-Fraktion im Bundestag zur Unterstützung macht, habe ich mit Martina Träger von Greser Reisen in Marktheidenfeld besprochen.

Auf [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de) gibt es den ganzen Bericht.

## (ERWACHSENEN)BILDUNG IN DER CORONA-KRISE NICHT VERGESSEN!



Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft – für jede und jeden einzelnen und auch für uns als Gesell-

schaft und Demokratie, davon bin ich felsenfest überzeugt. Genauso sehen das auch die Verantwortlichen auf Burg Rothenfels und deren Mitstreiter\*innen, mit denen ich Anfang Juni vor Ort zusammenkam. Mit Bildungsreferent Phillip Fuhrmann, der Vorsitzenden der „Vereinigung der Freunde von Burg Rothenfels e.V.“ Claudia Hamelbeck, Burgwart Steffen Krummhaar sowie Pastoralreferent Reinhold Grimm und Bruder Christian, Prior der Christusträger-Bruderschaft im Kloster Triefenstein, sprach ich über die Situation und Anliegen von Bildungseinrichtungen in der Corona-Zeit. Mehr dazu auf [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de).

## DIGITALTAG 2020: ICH WAR DABEI!

Mit 16 Abgeordneten hat sich die BayernSPD am Digitaltag 2020 beteiligt und war somit so aktiv wie keine andere Partei in Bayern. Einer, der an dem bundesweiten Aktionstag teilnahm, war ich. Ich war auch zugleich derjenige mit dem frühesten Beitrag: Interessierte konnten mich morgens ab 7 Uhr auf dem Weg in den Reichstag begleiten. Neben aktuellen politischen Themen des Tages gab es auch ganz grundsätzliche Diskussionen. Wer den Beitrag verpasst hat, findet ihn natürlich noch immer auf Facebook. Dazu einfach unten auf die Ankündigung zum Digitaltag klicken. Mehr zum Tag selbst gibt es auf [www.digitaltag.eu](http://www.digitaltag.eu).



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020

## Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und  
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

94,5 Prozent weniger Gäste, fast 90 Prozent Minus bei den Übernachtungen: Die vor kurzem veröffentlichten Tourismus-Zahlen für den Monat April beschreiben das ganze dramatische Ausmaß der Corona-Krise im bayerischen Tourismus.

Es sind Zahlen, die den Zusammenbruch einer gesamten Branche dokumentieren. Nicht irgendeiner Branche, sondern einem der wichtigsten Wirtschaftszweige im Freistaat. Rund 600.000 Arbeitsplätze hängen an der Leitökonomie Tourismus.

Die Krise hat alle erfasst: Reisebüros und Busunternehmen, Wellnessbetriebe und Wanderführer, Restaurants und Brauereien. Die Liste der Unternehmen, die direkt oder indirekt mit dem Tourismus verzahnt sind, ließe sich fast endlos fortführen. Der Corona-bedingte Crash hat sie alle getroffen: günstige City-Hotels ebenso wie Luxusresorts oder die Campingplätze, die Rückgänge von mehr als 99 Prozent verzeichneten.

Getroffen wurden auch alle Tourismusregionen. So zählte Unterfranken im Reisemonat April 92,5 Prozent weniger Ankünfte als im Jahr zuvor. Im Landkreis Miltenberg etwa waren lediglich 5,5 Prozent der angebotenen Betten belegt.

Dabei war die Stimmung noch zu Jahresbeginn geradezu euphorisch gewesen. Im Februar hatte das Bayerische Landesamt für Statistik neue Rekordzahlen für das Tourismusjahr 2019 vermeldet: Erstmals war bei den Übernachtungen in Bayern die magische Marke von Hundert Millionen geknackt worden.

Wenige Monate später, auch wenn der Höhepunkt der Krise überwunden scheint, kämpfen viele Betriebe weiter ums Überleben. Denn noch sind wir von einem Normalbetrieb im Tourismus weit entfernt. Es ist ja auch



Martina Fehlner im Gespräch mit Peter Stenger, Geschäftsführer von Stewa-Busreisen in Karlstein.

Foto: Büro

richtig, dass weitere Lockerungen und der notwendige Gesundheitsschutz stets sorgfältig gegenüber abgewogen werden müssen. Dort, wo Öffnungen möglich und vertretbar sind, müssen sie aber jetzt rasch und unbürokratisch erfolgen. Es ist die Aufgabe der Politik, Wege frei zu machen, Türen zu öffnen und pragmatische Lösungen zu ermöglichen. Für viele bayerischen Tourismusbetriebe sind es genau diese Sommermonate, die zählen.

Auch als tourismuspolitische Sprecherin meiner Fraktion hoffe ich natürlich, dass das Tourismusjahr in Bayern trotz der Krise noch eine gute Wendung nimmt. Wenn wir weiterhin mit Umsicht und Verantwortung handeln, dann kann dies gelingen. Umfragen zeigen, dass viele Deutsche dieses Jahr Urlaub im eigenen Land machen möchten. So liegt in dieser Krise auch eine Chance. Nutzen wir sie.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

**Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB**  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlner.de

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

07 | 2020

## Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land  
Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt,  
Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie  
die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge,  
Kitzingen und Rhön-Grabfeld

## SITUATION VON STUDIERENDEN IN DER CORONA-KRISE – NEUSTART DER HOCH- SCHULEN FÜR DIE REGION WICHTIG!

### Finanzielle Unterstützung durch den Bund und not- wendige Regelungen des Freistaats

Liebe Leserinnen und Leser,

vor der Ausbreitung des Coronavirus gingen etwa zwei Drittel der Studierenden einem Nebenjob nach, um ihr Studium zu finanzieren. Viele dieser Jobs, etwa in der Gastronomie, sind durch den Lockdown weggefallen.

Seit 16. Juni können endlich Anträge auf Corona-Hilfe für Studierende beim Bundesbildungsministerium gestellt werden. Eine „Soforthilfe“ sieht allerdings anders aus. Technische Probleme sorgten dafür, dass die Förderung mehrere Monate auf sich warten ließ. Für die Monate Juni, Juli und August sind nun je bis zu 500€ nicht rückzahlbarer Zuschuss möglich. Die Unterstützung muss jedoch jeden Monat neu beantragt werden. Bundesbildungsministerin Karliczek ist mit dieser Maßnahme kein großer Wurf gelungen. Die Freischaltung der Antragsstellung kommt spät und der Zuschuss wird bei vielen Studierenden bei weitem nicht ausreichen. Außerdem müssen Antragsstellende ihren Kontostand offenlegen. Mein Fazit: Es wäre besser gewesen, Frau Karliczek hätte die guten Vorschläge der SPD übernommen.

Neben dem Zuschuss ohne Rückzahlung wird der KfW-Studienkredit bis März nächsten Jahres zinsfrei. Ab April wird dann ein Zinssatz von 4,27 Prozent fällig. Auch die-

se Maßnahme ist nur eine Scheinlösung. Wir dürfen Studierende nicht zwingen, sich weiter zu verschulden, um ihr Studium finanzieren zu können! Ich hätte mir eine unkompliziertere und kräftigere Unterstützung für die Studierenden gewünscht. In dieser Krise dürfen wir sie nicht vergessen!



*In diesem Semester blieben die Hörsäle an der Uni Würzburg bisher leer. (Foto: Büro Halbleib)*

„Die Universität Würzburg ist in das wohl außergewöhnlichste Semester gestartet, das es in ihrer über 617jährigen Geschichte gegeben hat“, schreibt Universitätspräsident Alfred Forchel. Damit hat er sicherlich recht. Die Umstellung auf digitale Lehre funktioniert in manchen Studiengängen sehr gut, in anderen fast gar nicht. Viele Studierende konnten in diesem Sommersemester weniger Seminare und Vorlesungen belegen, als sie vielleicht ursprünglich eingeplant hatten. Deshalb sind die entscheidenden Fragen, unter welchen Bedingungen und mit welchem Zeitplan ein schrittweiser Wiederbeginn der Präsenzlehre für das Wintersemester möglich ist. Dazu haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht. Auch für unsere Region sind starke Hochschulen von besonderer Bedeutung!

Ihr

Volkmar Halbleib

**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**  
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de